J. GIRIBAS / GEGENDRUCK

Deutsch-polnischer Brückenschlag durch Pioniere beider Armeen

NATO-OSTERWEITERUNG

Solana bleibt hart

Der Streit um die Nato-Osterweiterung konzentriert sich auf die Gegenleistungen, für die Moskau den Beitritt ehemaliger Warschauer-Pakt-Staaten akzeptieren würde. Der russische Außenminister Jewgenij Primakow verlangte vorigen Montag beim Auftakt seiner Verhandlungen mit Nato-Generalsekretär Javier Solana, daß die von der Nato angebotene „Sicherheitspartnerschaft“ völkerrechtlich verbindlichen Charakter haben müsse. Der Vertrag solle von den Parlamenten sämtlicher Teilnehmerstaaten ratifiziert werden.

Solana lehnte diese Forderungen ab. Er relativierte damit auch die Zusage Helmut Kohls gegenüber Boris Jelzin, daß die „Nato-Militärmaschine“ nicht an Rußlands Grenzen heranrücken werde: Der Nato-Verzicht auf die Stationierung von Atomwaffen in den Beitrittsstaaten gelte nur unter den gegenwärtigen Bedingungen. Das aber lasse sich, so der Nato-Generalsekretär, schwerlich völkerrechtlich verbindlich fassen. Ebensowenig könne sich das Bündnis auf den von Moskau geforderten Verzicht auf die Stationierung fremder Nato-Truppen für alle Zeiten einlassen.

Für diese beiden Punkte aber solle es, so Solana, eine für einen überschaubaren Zeitraum verbindliche Erklärung des Nato-Gipfels im Juli geben. Dem Moskauer Bedürfnis nach völkerrechtlich verbriefter Sicherheit könne der Westen zudem mit einem neuen Abrüstungsvertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa sowie einem Abkommen über atomar bewaffnete U-Boote entsprechen. Solana machte Primakow aber auch klar, daß die neuen Nato-Staaten in die militärische Infrastruktur des Bündnisses einbezogen werden müßten, etwa in das Luftverteidigungssystem.

Offen blieb, ob wenigstens die Charta des neu zu schaffenden Nato-Rußland-Rats, in dem Moskau weitgehend gleichberechtigt sein soll, verbindlich festgeschrieben wird. Solana glaubt, daß die Russen der Erweiterung letztendlich zustimmen – zumal den Russen bedeutet wurde, die Nato werde die Ausweitung für lange Zeit auf Polen, Ungarn und Tschechien beschränken.

ZUWENDUNGEN

Geld ohne Arbeit

Die nordrhein-westfälische Landesregierung muß den Bürgern eine großzügige Gabe an diverse Landespolitiker verständlich machen.

Die grüne Landtagsabgeordnete Alexandra Landsberg hatte öffentlich berichtet, daß sie unlängst 10 000 Mark von der Investitions-Bank NRW erhalten hatte – als Jahresvergütung für ihre Mitgliedschaft im Beirat der Bank. Dabei hatte das Gremium im vergangenen Jahr nicht ein einziges Mal getagt.

Als daraufhin ein halbes Dutzend Minister, ebenfalls Mitglieder des Bank-Beirates, nach ihren Überweisungen gefragt wurden, zog die Staatskanzlei den Vorgang an sich. Die Regierungszentrale teilte den Kabinettsmitgliedern schriftlich mit, daß die Fragen zentral beantwortet würden: „Eine Stellungnahme Ihrerseits ist somit nicht mehr nötig.“

Im Hause des Ministerpräsidenten Johannes Rau wurde eine Erklärung aufgesetzt, die dann freilich als Stellungnahme der Investitions-Bank verbreitet wurde. Tenor: Sitzungen hätten nicht stattgefunden, weil der Beirat sich noch nicht konstituiert habe. Die Beratungsfunktion der Beiratsmitglieder gehe aber weit über die Teilnahme an Sitzungen hinaus: „Eine Aufteilung in Grundvergütung und Sitzungsgeld ist daher allgemein üblich.“

S. MÜLLER-JÄNSCH / MELDE PRESS

Rau

KRANKENKASSEN

Ziellos glücklich

Der siebenköpfige Vorstand der AOK Bayern hat für sich die Auszahlung einer Erfolgsprämie von jeweils 50 000 Mark erzwungen. Der Vorstandsvorsitzende Herbert Schmaus und seine sechs Gefolgsleute berufen sich auf ihre Verträge, die bei Erreichen der geplanten Ergebniszahlen die Überweisung der Prämie garantieren. Dabei stört es die im Schnitt mit 250 000 bis 300 000 Mark dotierten Vorständler nicht, daß die Selbstverwaltung der Kasse bislang gar keine Ergebnisziele definiert hat. Wenn es keine Planzahlen gebe, sei das Ziel eben erreicht, argumentierten sie und drohten mit Rücktritt. Ein Ergebnis liegt freilich vor: Die AOK Bayern mußte ihren Beitragssatz von 13,2 auf 13,7 Prozent erhöhen mit der Folge, daß auch die Eigenbeteiligung der Versicherten an Pillen und Massagen drastisch steigen wird.